

Terrorangriff in Paris und Obamas ehrgeizige Bildungspolitik

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 4. bis zum 10. Januar 2015

(sc) Im Fokus der US- Berichterstattung stand diese Woche vor allem der Terrorangriff in Paris. Weiterhin proklamierte Obama eine neue Politik, „Free Community College“.

Am Mittwoch haben zwei schwer bewaffnete Männer die Redaktion des Satiremagazins *Charlie Hebdo* in Paris überfallen, die zuvor eine Reihe Satirebilder über Muhammed veröffentlicht hatte. Dabei wurden mindestens zwölf Menschen getötet, es gab mehrere Verletzte. Die Angreifer sollen „Allah ist groß“ gerufen haben. In der amerikanischen Presse herrscht eine gesplante Meinung über die Verteidigung der Redefreiheit. Das Verspotten anderer Religionen sei Teil der Redefreiheit, so die *Los Angeles Times*. Sie kritisiert, dass die bewaffneten Männer nicht nur auf die Individuen, sondern die Redefreiheit zielten. Die *New York Times* Korrespondent Andrew Hussez schrieb, dass der französische Humor sich durch die Tragödie verändert habe, und dass der Terrorangriff auch den „Pariser Geist“ ermordet habe. Die *Washington Post* ist ähnlicher Auffassung. Sie kritisiert aber, dass die bewaffneten Männer nicht die größte Bedrohung der Redefreiheit in Frankreich seien, sondern die Regierung selbst. Die Opfer des Terrorangriffs hätten zu Lebzeiten gegen das französische Gesetz über die Grenzen der Redefreiheit verstoßen, aber die Demonstranten auf dem Platz der Republik forderten keine Abschaffung dieses Gesetzes. Die Regierung habe schon eine „Speech Regulation“ eingeführt. Die *New York Times* nimmt eine neutrale Position ein. Sie spricht sich einerseits für die Opfer des Terrorangriffs aus, andererseits dagegen, die Religion Islam zu verurteilen.

Ein anderes Thema, das die USA diese Woche beschäftigte, ist eine neue ehrgeizige Politik von Obama, „Free Community College“, die er am Donnerstag proklamierte. Obama kündigte an, dass landesweit Millionen von Studenten von Studiengebühren befreit werden sollen. Betroffen sind die über 1200 öffentlich finanzierten Community Colleges in den USA, eine Mischung zwischen Berufs- und Hochschule. Die *New York Times* kritisiert diese Politik als oberflächlich, obwohl ihr Potenzial sehr groß sei. Offensichtlich wolle Obama die Wirtschaftslage durch ein erfolgreicherer Bildungssystem verbessern, d.h. er wolle den Anteil von Absolventen an den U.S. Unis in Zukunft erhöhen. Jedoch sei der finanzielle Aufwand

sehr hoch, etwa 15 Milliarden Dollar pro Jahr. Die *LA Times* ist gleicher Auffassung, dass der Aufwand so riesig sei, dass die Einzelstaaten sie nicht akzeptieren könnten. Die *Washington Post* weist darauf hin, dass Obamas Politik immer ehrgeizig sei, er habe aber nicht die Fähigkeit, sie umzusetzen. Gesundheits-, Einwanderungs- oder Ausbildungspolitik seien undankbar und kosteten viel Zeit.

Quellen:

<http://www.latimes.com>

<http://www.nytimes.com>

<http://www.washingtonpost.com/>